

Ein Armutszeugnis für Deutschland

Max Wingen, Die Geburtenkrise ist überwindbar: Wider die Anreize zum Verzicht auf Nachkommenschaft. Vektor-Verlag, Graftschaft 2004, 140 Seiten, 22,00 Euro.

Die Bevölkerungsentwicklung ist ein Armutszeugnis für Gesellschaft und Politik der Bundesrepublik Deutschland. „Kinder haben die Leute immer“ war eine verhängnisvolle Fehlprognose, auf der die massive Ausweitung der sozialen Sicherungssysteme seit den fünfziger Jahren gegründet wurde. Schon Mitte der sechziger Jahre kehrte sich der Trend um, und der Geburtenrückgang führte zu Beginn der siebziger Jahre zu einer Schrumpfung der indigenen Bevölkerung. Dies wurde zunächst nicht so sehr bemerkt, weil die Bevölkerung aufgrund der Zuwanderung wuchs – und auch dies war nicht gerade ein Ruhmesblatt für das „Erfolgsmodell“ Bundesrepublik: Kurzfris-

tig angelegte Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften ging unversehens in dauerhafte Massenzuwanderung über, doch das Problem wurde zunächst souverän ignoriert: „Deutschland ist kein Einwanderungsland“, so hieß es über das Land mit den höchsten Einwanderungszahlen in ganz Europa nach 1945. Dass sich die Probleme durch Verdrängung nur umso massiver anstauten, zeigen die PISA-Studien ebenso ausschnittsweise wie die Meldung, dass der Anteil deutscher Kinder an einer Schule in Berlin-Kreuzberg inzwischen unter zwei Prozent liegt.

Hochmut vor dem Fall

Souveräne Ignoranz herrschte auch gegenüber der indigenen, zuwanderungsunabhängigen Bevölkerungsentwicklung (in der Sprache der Demografie: die „natürliche Bevölkerungsbewegung“). Als einzelne Wissenschaftler wie beispielsweise Franz-Xaver Kaufmann 1989 warnten, in zwanzig Jahren würden alle Spiel-

räume für eine nachhaltige Umstrukturierung des Sozialbudgets „durch das sich dramatisch verschlechternde Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnern aufgezehrt“ sein, verhallten solche Stimmen im allgemeinen Jubel über die einzigartige „Erfolgsgeschichte“ der Bundesrepublik ungehört.

Hochmut kommt bekanntlich vor dem Fall. Von den genannten zwanzig Jahren bleiben gerade noch vier, und nun hat eine nervöse öffentliche Debatte über das Problem und über die Frage eingesetzt, ob man der Entwicklung politisch begegnen soll und kann. Nachdem das Thema Bevölkerungspolitik und Geburtenförderung jahrzehntelang tabuisiert war, geht es dafür nun drunter und drüber: Bevölkerung- und Familienpolitik, Frauen- und Geschlechterpolitik, Bildungspolitik, Kinder- und Jugendpolitik werden munter durcheinander gewürfelt – wobei was für das eine gut, für das andere noch längst nicht billig ist.

Wenigstens Ordnung gehört in die verspätete Diskussion, und so verarbeitete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* im Februar 2005 einen mehrteiligen „Grundkurs Demografie“. Schon zuvor hat Max Wingen, einer der langjährigen Streiter auf diesem Felde, getragen von der optimistischen Annahme, die „Geburtenkrise ist überwindbar“, ein vehementes Plädoyer „wider die Anreize zum Verzicht auf die Nachkommenschaft“ vorgelegt. Es ist unterdessen durch den plötzlichen Tod des Autors im Januar 2005 zu einem Vermächtnis geworden.

Zwar gesteht Wingen ein, dass zu der zentralen Frage, „was nun geburtenfördernd orientierte familienpolitische Maßnahmen bewirken oder bewirken könnten [...], nur begrenzt wissenschaftlich abgesicherte Aussagen möglich“ sind. Doch geht es ihm gerade darum, dem verbreiteten Defätismus entgegenzutreten, „Bemühungen zur Entfaltung einer ganzheitlichen und nachhaltigen Familienpolitik seien unter demografischen Aspekten ohnehin zwecklos“.

Es geht ihm um nicht mehr und nicht weniger als eine gemeinwohlorientierte Ordnungspolitik in Form einer geburtenfördernden und zugleich

ganzheitlichen Familienpolitik. Manche Animosität vor allem in den Fußnoten zeugt von den nachwirkenden Verletzungen, die Vertreter einer solchen wissenschaftlichen und politischen Richtung durch jahrelange Stigmatisierungen erfahren haben. Heute aber ist, was gestern von vorgestern schien, von brennender Aktualität und Zukunft – abermals ein Beleg, dass konservativ im besten Sinne zu sein auch heißt, unbequeme Standpunkte entgegen dem Zeitgeist zu behaupten; die (vermeintliche) Avantgarde kommt dann doch wieder dort vorbei.

Wingen geht es dabei gar nicht um eine Politik, die den Trend des Geburtenrückgangs so weit umkehren würde, dass ein neuerliches Bevölkerungswachstum oder auch nur eine Stabilisierung der Bevölkerungsgröße eingeleitet würde. Es geht um weniger, doch das ist gerade (schwer) genug: „Es kann ‚nur‘ darum gehen“, den unvermeidlichen Schrumpfungsprozess der deutschen Bevölkerung (Wingen spricht ausschließlich von der „natürlichen Bevölkerungsbewegung“, nicht von Zuwanderung) „in einer ‚gelenkten Schrumpfung‘ deutlich abzuschwächen und in der so genannten natürlichen Bevölkerungsbewe-

gung ein unkontrolliertes Abwärtstrudeln zu vermeiden. Es ist freilich gar nicht so einfach für entwickelte Industriegesellschaften, in sozialverträglicher Weise zu schrumpfen.“

Therapeutische Maßnahmen

Was die konkrete Therapie angeht, ist sie unterdessen gar nicht so konkret. Wingen geht es nämlich gerade nicht um isolierte Einzelmaßnahmen wie etwa einkommenspolitische Regelungen oder die zuletzt ganz in den Mittelpunkt der Debatte gerückten außerfamiliären Kinderbetreuungsmöglichkeiten zwecks Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere für Frauen. Es geht Wingen vielmehr, im großen *design*, um eine „Familienpolitik mit einem zutiefst gesellschaftsreformerischen Ansatz [...], die einem neuen Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft wirklich Rechnung trägt. Eine solche Familienpolitik wäre eine „Ordnungspolitik mit Querschnittscharakter“: Sie würde familien- und kindbezogene einkommenspolitische Maßnahmen und arbeits- und sozialrechtliche Regelungen ebenso integrieren wie Bildungs- und Kulturpolitik, die Schaffung einer familienbezogenen sozialen In-

frastruktur auch auf kommunaler Ebene und nicht zuletzt eine eigenständige unternehmerische Personal- und Sozialpolitik.

Dies liefe auf eine „Vergrößerung der Chancengleichheit für die Verwirklichung von Lebensentwürfen mit Kindern in der Konkurrenz zu nichtfamilialen Lebensformen“ hinaus. Zugleich wäre eine solche Familienpolitik Ausdruck der Wertordnung des Grundgesetzes nicht zuletzt im Sinne der – in der Politik arg ins Hintertreffen geratenen – christlichen Soziallehre, indem nämlich durch bewusste Geburtenförderung anstelle eines individualisierten *laissez-faire* gemeinwohlorientiert gehandelt würde, ohne indes die individuelle Entscheidungsfreiheit für oder aber auch gegen Kinder zu berühren.

Umverteilung als Vorschlag

Natürlich wäre mit einem solchen „zutiefst gesellschaftsreformerischen Ansatz“ Umverteilung verschiedenster Art zu Gunsten von Familien verbunden – und somit, zumindest relativ, zu Ungunsten der Kinderlosen oder derer, die nicht mehr aktiv Kinder erziehen. Nicht zuletzt also zu Ungunsten der wachsenden Zahl von Rentnern und all derer,

die sich, ohne sie oft überhaupt mehr zu realisieren, an die Besitzstände der deutschen Transfersysteme gewöhnt haben. Das erste fundamentale Problem liegt also darin, dass die hier vorgeschlagene Umstrukturierung auf Kosten einer wachsenden Mehrheit zu Gunsten einer schrumpfenden Minderheit vonstatten ginge. Wer aber soll, angesichts der Realitäten deutscher Umverteilung, die Lobby für die Familien schaffen? Das Zeitfenster von zwanzig Jahren, durch das Franz-Xaver Kaufmann 1989 schaute, ist zu vier Fünfteln geschlossen, ohne dass frischer Wind hereingekommen wäre.

Wingen hat vollkommen Recht, wenn er den entscheidenden Ansatz für eine solche Umstrukturierung im Faktor des Gemeinwohls sieht. Gerade diese Kategorie aber hat sich – und das ist das zweite Problem – unter den Bedingungen des deutschen Sozialstaates als des allzuständigen „Generalagenten der Lebenszufriedenheit“ (Annette Zimmer) sowie des allgemeinen Wertewandels von Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu Selbstentfaltungswerten (Helmut Klages) im letzten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts zunehmend aufgelöst.

Wingens Konzept setzt ein radikales gesamtgesellschaftliches Umdenken voraus: Nicht mehr kurzfristige Selbstversorgung aus synchronen und diachronen Verteilungssystemen, sondern Verantwortung in langfristiger Perspektive – das würde in der Tat eine „neue Sozialkultur“ bedeuten. Blickt man auf die Entwicklung des bundesdeutschen Gemeinwesens und seiner Verteilungskonflikte im Zeitalter von Sozialstaat und Postmoderne sowie der politischen Entscheidungsstrukturen im überbordenden Parteienstaat mit ihrem wiederwahlorientierten Kurzfristdenken, spricht für eine solche Hoffnung empirisch nicht viel.

Was Max Wingen und seine Schrift aber auszeichnet, ist der antidefätistische Optimismus im Glauben an die „wirklichkeitsverändernde Kraft von beharrlich verfolgten ‚realistischen Utopiequanten‘“. Es wirkt beinahe wie ein amerikanisches „wir können es schaffen“ – und vielleicht tut gerade hier wirklich eine Infusion von Amerikanismus Not, auf dass sich das angerostete „Modell Deutschland“ in seiner wachsenden Krise auf seine Tugenden, jedenfalls auf das im wörtlichen Sinne Notwendige, besinnt.